



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

EU-KOMMISSION WILL INTENSIVERE ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN IM BEREICH DER MEHRWERTSTEUER

Die EU-Kommission hat am vergangenen Donnerstag, den 06.02.2014, ein Verfahren zur Aufnahme von Verhandlungen mit Russland und Norwegen über Vereinbarungen zur Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer eingeleitet.

Die Vereinbarung stützt sich auf die Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer, die derzeit den Rahmen für die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in der EU vorgibt. Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten besteht u. a. darin, dass sie sich gegenseitig Zugang zu ihren Datenbanken gewähren und Informationen (entweder automatisch oder auf Anfrage) über die Tätigkeiten der Steuerpflichtigen austauschen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

G20-TREFFEN

Vom 22. bis 23.02.2014 wird das nächste G20-Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten in Sydney stattfinden. Die Schwerpunkte wurden dabei zwar noch nicht offiziell festgelegt. Die Finanzminister werden sich aber sicherlich den Themen Steuervermeidung und Transparenz widmen, da diese auf der Agenda für 2014 stehen. Der Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister wird sich hierzu am Montag, den 17.02.2014, zur Vorbereitung in Brüssel treffen.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE REGIERUNGSKONSULTATIONEN

Am 19.02.2014 finden deutsch-französische Regierungskonsultationen statt. In einer Erklärung wollen die Regierungen beider Staaten erneut für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer werben.

REGELUNGEN ZUM STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHT IM BUNDESSTEUER- BLATT VERÖFFENTLICHT

Im Bundessteuerblatt Teil II wurden am 31.01.2014 Regelungen zum steuerlichen Reisekostenrecht veröffentlicht (BStBl. II 2014 S. 66, S. 68). Die neuen Regelungen sind seit dem 01.01.2014 anwendbar.

EDITORIAL

Liebe Leser,

nach wie vor tut sich wenig in der (Steuer-) Politik. Nicht umsonst bemerkt der Bundesrat in einer Pressemitteilung „Die Reihe rekordverdächtig kurzer Plenarsitzungen des Bundesrates setzt sich auch im neuen Jahr fort“. Dafür geht es in anderen Ländern hoch her. In Österreich sind erhebliche steuerrechtliche Änderungen bereits zum 01.03.2014 zu erwarten. So ist u. a. eine Beschränkung der Verwertung von ausländischen Betriebsstättenverlusten sowie ein Abzugsverbot für Zins- und Lizenzzahlungen an niedrigbesteuerter, verbundene Körperschaften vorgesehen. Insbesondere letztere Änderung dürfte bei der deutschen Politik und Verwaltung mit Interesse verfolgt werden, schwelt die Diskussion doch auch hierzulande. Dagegen scheint schon in Kürze mit einer politischen Entscheidung zur Zukunft der Finanztransaktionssteuer zu rechnen zu sein. Frankreich und Deutschland verfolgen ihre im Januar bekräftigte Absicht einer Kompromissfindung und wollen bei den deutsch-französischen Regierungskonsultationen eine Erklärung abgeben. Läuft es auf eine kleinere Lösung hinaus?

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 8

→ OUTGOING 9 – 10

vom 10.02. bis 14.02.2014

1. Beratung des Bundesrates zur Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2014 u.a.

→ BFH-ENTSCHEIDUNGEN 11 – 12

vom 12.02.2014

→ BMF-SCHREIBEN 13

vom 07.02. bis 13.02.2014

→ STATUS 14 – 16

zum 14.02.2014

Entschießung des Bundesrates für eine gerechte und zukunftsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik in Deutschland

Gesetz zur Fortführung des permanenten Lohnsteuerjahresausgleichs beim Lohnsteuerabzug für Aushilfskräfte und kurzfristige Beschäftigten

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 17 – 18

vom 15.02. bis 21.02.2014

Bundestag: 17. Sitzung zum Antrag der Fraktion Die Linke: Straffreiheit bei Steuerhinterziehung durch Selbstanzeige abschaffen

Bundesrat: keine Sitzung, nächste Sitzung 14.03.2014

Stakeholder: Parlamentarischer Abend der Bundessteuerberaterkammer

ÖSTERREICH: MASSIVE ÄNDERUNGEN IM STEUERRECHT DURCH ABGABENÄNDERUNGSGESETZ 2014

In Österreich werden zurzeit einige grundlegende steuerrechtliche Regelungen mit massiven Auswirkungen für Unternehmen überarbeitet. Durch das Abgabenänderungsgesetz 2014 (AbgÄG 2014) sollen u. a. die Abzugsfähigkeit von Gehältern sowie von Zins- und Lizenzaufwendungen im Konzern begrenzt und die Gruppenbesteuerung eingeschränkt werden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

BFH: VERFASSUNGSWIDRIGKEIT EINES SOG. TREATY OVERRIDE

Mit Beschluss vom 11.12.2013 (I R 4/13) hat der BFH dem BVerfG nun erneut die seit langem strittige Frage vorgelegt, ob ein sog. Treaty override gegen Verfassungsrecht verstößt. Bereits mit Beschluss vom 10.01.2012 (I R 66/09) hatte der BFH dem BVerfG diese Frage im Hinblick auf die Regelung des § 50d Abs. 8 EStG vorgelegt. Gerade in jüngerer Vergangenheit machte der deutsche Gesetzgeber in erheblichem Maße von diesem umstrittenen Mittel Gebrauch, vor allem auch um eine „Keinmalbesteuerung“, also nicht besteuerte sog. weiße Einkünfte, zu vermeiden. Entsprechende DBA-Regelungen werden dabei einseitig durch abweichende nationale Vorschriften „überschrieben“. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

WEITERE BFH-URTEILE

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 7](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

→ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
-

Unternehmen/Institution _____

Ansprechpartner _____

Funktion _____

Telefonnummer _____

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll) _____

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu